

Appell zu einer Neuorientierung der kirchlichen Friedensethik

„Karlsruher Aufruf“ bei der Synode in Magdeburg an die EKD übergeben

Es ist ein Appell für eine Neuorientierung der kirchlichen friedensethischen Position mit einer klaren Absage an die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt und einem deutlichen Bekenntnis zur zivilen Konfliktbearbeitung. Mehr als 3100 Menschen, darunter allein 1850 aus der badischen Landeskirche, haben den „Karlsruher Aufruf an die EKD“ seit 2015 unterschrieben, bei der EKD-Synode in Magdeburg wurde er von Stefan Maaß, dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Landeskirche in Baden, an die EKD übergeben.

Dieser Karlsruher Aufruf geht zurück auf einen Kreis pazifistisch interessierter und friedensbewegter Mitglieder der badischen Landeskirche, formuliert wurde der Text von Mitgliedern des Forums FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Arbeitsstelle Frieden der badischen Landeskirche, angesichts der zunehmenden Akzeptanz von Gewalt als politischem Lösungsmittel in Politik und Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung der Kirchen, hier Position zu beziehen.

In dem Karlsruher Aufruf werden Rat und Synode der EKD gebeten, die bisherigen friedensethischen Positionen weiter zu entwickeln. „Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges“, heißt es im Aufruf. Anders als noch in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 formuliert, soll die Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt auch nicht mehr als äußerstes Mittel mitgetragen werden. „Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt“, fordern die Unterzeichner des Aufrufs von der EKD.

Die badische Kirche hatte auf ihrer Landessynode 2013 nach einem längeren und breit angelegten Diskussionsprozess erklärt, zu einer Kirche des gerechten Friedens zu werden. Dabei hatte sich die Landeskirche auch dazu verpflichtet, sich in der EKD dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt wird. Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist der Karlsruher Aufruf, der nun an die EKD übergeben wurde.

Bonn/Magdeburg, 7. November 2016

Dieter Junker
Öffentlichkeitsreferent
Tel: 0171 4161087
E-Mail: junker@evangelische-friedensarbeit.de